

„Was wäre ohne uns?“

Betriebsräte nach 1945

Dr. Alexander von Plato, geb. 1942, studierte Philosophie, Germanistik, Politikwissenschaft und Soziologie in Berlin/West und ist wiss. Mitarbeiter an der Fernuniversität Hagen.

„Mit einigen Dingen, die damals schon durchgesetzt waren, schlagen wir uns heute noch herum“

Vor vierzig Jahren begann ihre „große Zeit“: Mit Stolz erinnern sich heute alte Ruhrgebiets-Betriebsräte jener Nachkriegsjahre, als sie - häufig ohne die untergetauchten Chefs - darangingen, die Betriebe instandzusetzen, die Friedensproduktion anzukurbeln, die Einheitsgewerkschaft zusammen mit alten

Funktionären aufzubauen und vor allem „zu organisieren“, also durch Kompensationsgeschäfte „ihre“ Belegschaften zu versorgen.¹ Sie taten dies trotz der Beschränkungen der Besatzungsbehörden besonders beim Aufbau der Gewerkschaften,² trotz ungeheurer Probleme durch Zerstörung, wirtschaftliche Not, verstreute Belegschaften und zerrissene Familien.

Neben den genannten Aufgaben waren es vor allem die Entnazifizierung und die Demontage, mit denen sich die Betriebsräte zu befassen hatten. Bereits bei den ersten Belegschaftsversammlungen kam es zu „spontanen Entnazifizierungen“:

„Der Nazi-Betriebsleiter wurde als Vorarbeiter eingestuft und ein demokratisch gesinnter Meister wurde als Betriebsleiter eingesetzt. Der Nazi-Betriebschef, der mittlerweile während der Versammlung erschienen war, wurde vor die Alternative (!) gestellt, diese Beschlüsse zu akzeptieren.“³

Ein kommunistischer Mitbegründer einer der ersten Betriebsgewerkschaften im Sommer 1945 beschrieb in einem Bericht aus dem Jahre 1947 die Grundsätze dieser neugeschaffenen Betriebsorganisation:

1. Zusammenschluß aller antifaschistischen Hand- und Kopfarbeiter.
2. Geistige Erfassung aller nationalsozialistischen Bestrebungen und endgültige Bereinigung der Betriebe.
3. Unterstützung aller Mitglieder (der Betriebsgewerkschaft) in lohnpolitischer und sozialer Hinsicht.
4. Regelung der Arbeitszeit und Lohnfrage mit den Besatzungsbehörden.“⁴

Die Entnazifizierung, für die die Betriebsräte nach dem Betriebsrätegesetz des Alliierten Kontrollrats vom 10. April 1946 auch offiziell zuständig wurden, stärkte ihre Position gegenüber den Unternehmern, von denen viele „braunen

1 Dieser Aufsatz fußt auf einer Untersuchung von ca. 40 langen Lebensberichten von Betriebsräten und Gewerkschaftern des Metall- und Bergbaubereichs im Ruhrgebiet; sie war Teil des Forschungsprojektes „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 -1960“, das unter Leitung von L. Niethammer durchgeführt wurde. Vgl. Lutz Niethammer (Hg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Berlin/Bonn 1983 (Dietz); ders.: „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Berlin 1983. Hier sind auch erste Ergebnisse meiner Untersuchung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre abgedruckt.

Die gesamte Untersuchung ihrer Erfahrungen von Weimar bis heute in: A. v. Plato: „Der Verlierer geht nicht leer aus.“ Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin/Bonn (Dietz) 1984. Der hier vorgelegte Aufsatz ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines Textes, der enthalten ist in: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.“ Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, hrsg. von Lutz Niethammer, Bodo Hombach, Tilman Fichter, Ulrich Borsdorf, Berlin/Bonn 1984.

2 Zur Entwicklung der Gewerkschaften vgl. Borsdorf/Themmer/Martiny (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien. Mit einem Vorwort von Heinz O. Vetter, Köln/Frankfurt a. M. 1977. Und Ulrich Borsdorf: Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland und Westfalen, Wuppertal 1974, S. 385-413.

3 „Drei Jahre Gewerkschaftsaufbau“, o.O./o.J. (Essen 1947) von Richard Riegel, damals Erster Bevollmächtigter der IG Metall Essen, in: Archiv Ernst Schmidt, Essen.

4 Bericht Walter Slottkes „Drei Jahre Gewerkschaftsaufbau“, Essen 1947, ebenfalls im Archiv Ernst Schmidt, Essen.

Dreck am Stecken“ hatten. Einige ehemalige „Gefolgschaftsführer“, also Direktoren, sollen es dem „Betriebsrat noch jahrelang gedankt“ haben, wenn sie von ihm „Persilscheine“ bekommen hatten. Im Kampf gegen die Demontage, den die Betriebsräte häufig zum „Arbeitsplatzerhalt“ führten, tauchten dagegen auch gemeinsame Interessen mit den Unternehmern auf.

Es scheint aber vor allem die Versorgung der Belegschaften - wohl die einzig wirklich kollektive „Organisierung“ in der Nachkriegsnot mit ihren tiefen moralischen Brüchen in der Schwarzmarktzeit - durch Betriebsräte und Gewerkschaften gewesen zu sein, die die Basis für das Vertrauen schuf, das beide seitdem in industriellen Ballungszentren genossen:

„Damals hat man geglaubt, die Gewerkschaft kann einfach alles: die kann uns Wohnungen besorgen, die kann uns Dächer besorgen, alles wieder im Tauschgeschäft. Das kann die Gewerkschaft alles. Das ist im Grunde gar nicht an dem gewesen. Aber sie hat dazu beigetragen, weil sie ja Leute hatte, die waren im Ernährungsausschuß der Stadt, im Wiederbeschaffungs-, im Wohnungsausschuß.“⁵

Gegenüber der Versorgung scheinen die „großen politischen Fragen“ wie die Sozialisierung, die Einheit Deutschlands oder die Westorientierung in der Arbeit der Betriebsräte eine eher untergeordnete Rolle gespielt zu haben - trotz vieler öffentlicher Erklärungen. Ein früherer Betriebsrat:

„Wir mußten zunächst einmal für Essen, Kleidung, Schuhe und Lebensmittel sorgen [...]. In den Betrieben mußte die Produktion wieder angekurbelt werden, und die ganze Belegschaft hat die Ärmel hochgekrempt und fest zugepackt [...] Das waren die Probleme (neben Demontage und Entnazifizierung), vor denen wir standen und mit denen wir fertig werden mußten. Es ging nicht um weitergehende gesellschaftspolitische Fragen wie z. B. Enteignung, Sozialisierung oder wie soll es mit Deutschland gesellschaftspolitisch weitergehen.“⁶

In den ersten Jahren nach 1945 entwickelte sich, auch durch die erstarkte Stellung der Betriebsräte, eine „spontane Mitbestimmung“. Das alliierte Betriebsrätegesetz legte sehr wenig Pflichten und Rechte der Betriebsräte fest: Es gab keine Friedens- oder Schweigepflicht, aber auch kaum fixierte Mitbestimmungsrechte, die allerdings in Betriebsvereinbarungen bei entsprechender Stärke und Kampfbereitschaft der Belegschaften und der Betriebsräte durchgesetzt werden konnten - wie in den folgenden Beispielen:

„Der Betriebsrat wirkt entscheidend mit bei der grundsätzlichen Regelung der Produktion, der Preisgestaltung und des Absatzes.“

„Der Betriebsrat wirkt mit bei der Regelung der Produktion. An den monatlichen technischen Besprechungen nimmt der Betriebsratsvorsitzende und dessen Vertre-

⁵ Interview Konrad Vogel (Namen wurden geändert).

⁶ Interview Werner Jabel.

ter teil. Fragen der Preisgestaltung und des Absatzes werden mit dem Betriebsrat besprochen.“ Der Gewerkschaft wurde das Recht eingeräumt, an Sitzungen des Betriebsrats bzw. der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat mit beratender Stimme teilzunehmen.⁷

Wie hier konnte in vielen Betrieben 1946/47 eine weitgehende Mitbestimmung durch die Betriebsräte selbst erreicht werden, wenn sie sich mit den Belegschaften für Regelungen im einzelnen Betrieb zusammenschlossen, während die Montanmitbestimmung von 1951 auf der Ebene des Aufsichtsrats und des Vorstandes „Arbeitnehmervertretern“ (also auch „betriebsfremden Gewerkschaftsrepräsentanten“) Mitwirkung brachte. Schon 1952 fiel das Betriebsverfassungsgesetz jedoch weit hinter die faktischen oder in Betriebsvereinbarungen festgelegten Mitbestimmungsmöglichkeiten der ersten Nachkriegsjahre zurück und versuchte überdies, durch die Schweige- und Friedenspflicht einen Keil zwischen Belegschaften und ihre Betriebsräte zu treiben. Ein alter Betriebsrat:

„Das Betriebsverfassungsgesetz war Scheiße. Das machte alles kaputt, was wir gemacht hatten. Wo gibt es denn Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz? Nur Anhörungen. Die Chefs wurden auch andere Menschen, nämlich Herren. Ich war dann mitten drin zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung.“ Ein anderer: „Mit einigen Dingen, die damals schon durchgesetzt waren, schlugen wir uns heute noch herum [...] Die Kumpels haben die Betriebe aufgebaut und die Arbeitgeber kamen nachher ins gemachte Nest. Und dann kam die Umkehrung. Dann haben sie das ‚schöne‘ Betriebsverfassungsgesetz verfaßt und haben den Betriebsrat als Ordnungsfaktor in den Betrieb eingebaut - zumindest sollte [...]“⁸

So erscheinen die Betriebsräte und Gewerkschafter in den Betriebsakten und in ihren eigenen Erinnerungen als *die* betrieblichen Repräsentanten einer „linken Hegemonie“ in den ersten Nachkriegsjahren (1945 - 1952): selbstbewußt, antifaschistisch, hart in der Interessendurchsetzung. Aber: Welche Basis hatten sie nach 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft? Wie hatte das „Tausendjährige Reich“ auf sie selbst und besonders auf ihre jüngeren Nachfolger gewirkt?

Vorerfahrungen zweier Funktionärsgenerationen

„Am 20. 4. 1945 ging ich um 7 Uhr morgens zu meinem Betrieb Wallram in Essen Süd und beauftragte einen Lehrling, die anwesenden Arbeiter und Angestellten zu informieren, daß um 8 Uhr eine Belegschaftsversammlung stattfindet. Der Lehrling sah mich ungläubig an und meinte: ‚Was ist denn das - eine Belegschaftsversammlung?‘ Ich sagte: ‚Gleich wirst du es erfahren. Höre dann gut zu.‘“⁹

⁷ Nach Betriebsratsakten der Firmen Essener Eisenwerke und Wallram (im Besitz des Autors).

⁸ Interviews Ernst Stecker und Emil Oppeln.

⁹ Bericht Richard Riegels, a.a.O.

Diese Episode lenkt den Blick sinnfällig auf die unter nationalsozialistischer Herrschaft entstandenen Erfahrungsunterschiede der Generationen: Der Lehrling hatte noch niemals etwas von Belegschaftsversammlungen gehört, während der Alte in der Weimarer Republik bereits kommunistischer Betriebsrat gewesen war und später im KZ mißhandelt worden war.

Aber die 12 nationalsozialistischen Jahre sind auch an diesen „Alten“ (Jahrgänge bis 1910) nicht spurlos vorübergegangen. Sie erzählen von der Angst nach der Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 und von der großen Enttäuschung, die sie angesichts der Anpassung von Kollegen, Freunden und Genossen an das NS-Regime verspürt hatten. Von „umgefallenen“ Genossen ist die Rede, von früheren Freunden aus dem Arbeitersport, die das gewöhnliche „Guten Tag“ mit einem „Heil Hitler! heißt das hier - merk Dir das“ beantworteten, oder von Nachbarn, die sofort nach dem 30. Januar 1933 die Hakenkreuzfahne hißten. Besonders mißtrauisch waren die Alten wohl gegenüber Jugendlichen, die vom Nationalsozialismus in den Griff genommen wurden. Einige Alte, die die Weimarer Zeit bereits als Aktive erlebt hatten, konnten sich diese Anpassung nur damit erklären, daß „der Mensch eben manipulierbar“ sei, und entwickelten Mißtrauen auch gegen ihre Kollegen und Genossen. Trotzdem war der Betrieb neben der Familie und der engsten Nachbarschaft in alten „roten“ und „schwarzen“ Vierteln der Ort, wo man doch noch Ansätze kollektiver Solidarität erfuhr. Wichtiger wurde jedoch der *individuelle* Schutz vor Denunziation und Einziehung zur Front dadurch, daß man qualifizierte und ordentliche Facharbeit leistete und ein gutes Verhältnis zu Vorgesetzten hatte: „Mir konnten sie nix, weil ich ein guter Arbeiter war.“

Das scheint einen Trend verursacht zu haben zur Individualisierung bei den früher in der Arbeiterbewegung Aktiven, von denen die meisten Befragten sich nicht organisierten Widerstandsgruppen anschließen, wenn man sich auch mit Wehmut der alten Solidarorgane erinnerte und sie zurücksehnte. Einige versuchten in dieser Individualisierung in ihrem Beruf eine höhere Position zu erreichen, die eine u.-k.(unabkömmliche)-Stellung erhoffen ließ. Viele hatten auch „Fremdarbeiter“ unter sich, von denen mit einer schwer interpretierbaren Mischung aus mitleidvoller Fürsorge und Überlegenheitsgefühl berichtet wird. Aufstiegsbewußtsein und Leistungsdenken scheint sich während der NS-Zeit auch bei denen, die sich früher in der kommunistischen, katholischen oder sozialdemokratischen Arbeiterbewegung engagiert hatten, zumindest verstärkt zu haben. Da man als bekannter früherer „Roter“ oder „Schwarzer“ jederzeit besondere Verfolgungsmaßnahmen befürchten mußte, wagte man ein offenes politisches Wort nur im engsten Familien- oder Freundeskreis. Die Familie erhielt nun oft jenes Gewicht, das für diese ehemals Aktiven früher politische Zusammenhänge besessen hatte - trotz oder vielleicht auch wegen

ihrer ständigen Bedrohung durch KinderlandverSchickung, HJ (Hitler-Jugend) oder BDM (Bund deutscher Mädel); schließlich durch Krieg und Evakuierung.

Viele mußten auch feststellen, daß gerade das „arbeiterfeindliche NS-Regime“ die große Arbeitslosigkeit reduzierte, daß es eine gewisse Verbesserung des Lebensstandards und sogar einzelne soziale Errungenschaften brachte: besondere Erwähnung finden „sichere Arbeit“, Lohn oder die Urlaubsreise mit der KdF („Kraft durch Freude“). Dies nicht anzuerkennen hätte nicht nur Gefährdung, sondern auch eine Teilisolierung im Kollegenkreis bedeutet. Deshalb spalteten sich solche ersten mageren Wohlstandserfahrungen im Bewußtsein von den politischen Zielsetzungen ab - sowohl von den eigenen wie von denen der Nazis, auch wenn einige die Ursache der Verbesserungen erkannten: die Kriegskonjunktur.

Alles in allem: Die Alten hatten Narben aus dem Dritten Reich davongetragen, waren individualistischer, mißtrauischer, stärker leistungs- und aufstiegsorientiert geworden, hatten in ihrer schwejschen Durchmogelei und Überlebensstrategie auch mal „fünfe gerade sein lassen“ müssen. Die alten Arbeitermilieus und ihre einstigen politischen Zusammenhänge bekamen während des Nationalsozialismus - und nicht allein durch seinen Terror - tiefe Risse. Trotzdem blieben die meisten Aktiven aus der Weimarer Zeit im großen und ganzen ihrer Überzeugung treu und standen 1945 „wieder auf der Matte“. Wer Krieg und KZ überlebt hatte oder als u.-k.-Gestellter am Arbeitsplatz bleiben konnte, stand jetzt, 1945, für die ersten Betriebsfunktionen bereit und erlebte „seine große Zeit“.

Ganz andere Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus machten die Jungen (Jahrgänge nach 1920), die schon 1948 zirka ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder stellten: Sie kannten die alten Solidarorgane der Arbeiterbewegung nicht oder nur vom Hörensagen. Fast alle begannen ihre Ausbildung, die Lehre oder den Beruf nach 1933; die meisten von ihnen waren über kürzere oder längere Zeit im Deutschen Jungvolk, der (Jungen-)HJ oder dem BDM. Viele waren in der KLV (Kinderlandverschickung), in der Evakuierung, im Reichsarbeitsdienst oder im „Pflichtjahr“. Die Mehrheit der befragten jüngeren Männer kam im Krieg an die Front oder noch zur Panzerbewachung, zur Flak- oder zur Marinehilfe. Durch all dies lernten sie neue soziale und lokale Räume kennen, was nicht nur milieuübergreifende Erfahrungen ermöglichte oder sogar die Bindung an alte Herkunftsmilieus angriff, sondern bei einigen auch ein Unabhängigkeitsgefühl gegenüber den Eltern nach dem Motto stiftete: „Mir konnte man nichts vormachen, ich war ja in der Welt herumgekommen.“

Neben diesen neuen Erfahrungen besteht einer der wichtigsten Unterschiede zu den „Alten“ darin, daß ungefähr 50 Prozent dieser jüngeren interviewten späteren Betriebsräte eine höhere Schule besuchten, diese Ausbildung aber zumeist wegen der Kriegs- und Nachkriegswirren wieder abbrechen mußten. Das könnte sie in der weiteren Nachkriegszeit für die Annahme und die Ausfüllung ihrer neuen Betriebsratsfunktion prädestiniert haben. Andere gewannen eine „neue Perspektive“ dadurch, daß sie einen höher bewerteten Beruf erlernen konnten.

Viele dieser Interviewpartner hatten gelernt, in NS-Organisationen ungewollt oder gewollt in unteren Leitungsfunktionen „Verantwortung zu übernehmen“ oder „sozial aktiv“ zu werden, da man bald Gruppen von Jüngeren zu führen hatte. Einige erzählen, daß dabei ihre soziale Herkunft keine Rolle spielte:

„(Das äußerte sich) eben darin, daß ich als Arbeiterkind jetzt Fähnleinführer war. Und mein Untergebener, wenn Sie so wollen, das war ein Abiturient [...] Also ich war ja wer und war ja auch gleichberechtigt. Daß das nicht so war, das haben wir ja erst nachher festgestellt in der Gefangenschaft.“¹⁰

Einige machten sogar Karriere in diesen Organisationen, in deren Rahmen einerseits Gemeinschaftserfahrungen gesammelt und andererseits persönliches Aufstiegsdenken gefördert wurden. Andere (die Mehrheit der jüngeren Befragten) mogelten sich durch die HJ-Dienste oder lehnten aus individuellen Gründen die NS-Organisationen ab, weil man den „vormilitärischen Drill“ nicht mochte, ein schlechter Sportler war oder „geistige Interessen“ hatte. Ganz selten ist die Erfahrung einer kollektiven Ablehnung der HJ; sie scheint am ehesten in katholischen Gemeinden oder christlichen bzw. sozialistisch-kommunistischen Aktivisten-Familien möglich gewesen zu sein, seltener natürlich in einer eigenständigen Gruppe wie z. B. den „Edelweißpiraten“. Viele der jüngeren Befragten heben - bei aller heutigen scharfen Kritik am Faschismus - soziale Leistungen des Nationalsozialismus hervor: vom Winterhilfswerk bis zur Altwarenverwertung, von der Abschaffung der Arbeitslosigkeit bis zur KdF-Reise. Ohne diese Leistungen könne man heute den „Erfolg der Nazis“ überhaupt nicht mehr verstehen.

Am Ende des „Tausendjährigen Reiches“ ist schließlich - trotz neuer Gemeinschaftserfahrungen - die Individualisierung bei den Jüngeren stärker als bei den Alten, die sich in ihrer erzwungenen Privatisierung wenigstens abstrakt mit den verschiedenen Strömungen der alten Arbeiterbewegung identifizierten; denn diese jüngeren Befragten hatten entweder bereits zuvor per-

¹⁰ Interview Gisbert Pohl.

sönliche Interessen verfolgt, sich individuell durchgeschlagen oder mußten nun den Verlust der sinnstiftenden NS-Organisation verarbeiten. Die Familie wurde für manche der jugendlichen Aktivisten zum Austragungsort des Generationenkonflikts, für andere zur Schutzsphäre vor organisierter Unbill und schließlich für beide „Typen“ zum letzten Wärmeschild in einer chaotischen, zusammenbrechenden Welt, in der man sich zu bewegen gelernt hatte.

Der Nationalsozialismus scheint auch die geschlechtsspezifische Sozialisation stark betroffen zu haben. Die NS-Ideologie, die die Rolle der Frau und Mutter im familiären Raum hervorhob, geriet in der Praxis in Bedrängnis; und zwar weniger durch die Kriegsproduktion als vielmehr durch die vielfältigen Angebote für aktive Mädchen auch aus der Arbeiterklasse, durch BDM, RAD (Reichsarbeitsdienst), Flak- und Marinehilfe oder Pflichtjahr; hier konnten sie neue Aufgaben in einer außerhäuslichen Gruppe übernehmen. Junge, aber schon verheiratete Frauen nahmen häufig „Männer- oder Vaterfunktionen“ in der Familie und im Haus wahr, wenn der Mann „eingezogen“ war. Gerade die jungen Frauen, die solche Aktivitätserfahrungen gemacht hatten, drängten bald nach neuer Orientierung, Aktivität und Bewährung im häuslichen oder außerhäuslichen Bereich.

Das Bild vom harten deutschen Jungen mit sportlichen, praktischen Fähigkeiten, Durchsetzungsvermögen und Führungstauglichkeit wurde in den hierarchischen Organisationen und besonders im Krieg noch schärfer als zuvor gezeichnet; gleichzeitig erfuhren solche Männer dann Todesängste an der Front, mußten Leiden und Schrecknisse in dieser Männerwirklichkeit verdauen. Die Erfahrungsunterschiede früherer Art zwischen den Geschlechtern wurden auf diese Weise noch erweitert; es gab aber auch neue Gemeinsamkeiten durch die Erfahrungen in den NS-Organisationen.

Die Jungen wie die Alten zeigten - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - ein ausgeprägtes Arbeitsethos mit Stolz auf die eigene Arbeit, ein technisch-ökonomisches Fortschrittsdenken und eine gewisse Technikfaszination. Mehr als die Alten verbanden die Jüngeren in ihren Selbstdeutungen Aufstiegsdenken und Leistungsbewußtsein mit sozialem Engagement. Die meisten der Männer aus den jüngeren Jahrgängen, die an der Front waren, kamen enttäuscht zurück, empfanden häufig das Kriegsende nicht als Befreiung, sondern als Niederlage und „fühlten (sich) betrogen“. Daß die meisten von ihnen mit „Politik nichts mehr im Sinn“ hatten („einmal und nie wieder eine Partei“), scheint aus ihren Biografien heraus verständlich und zeigt einen großen Unterschied zu den Alten. Nur die ganz jungen der Jahrgänge 1930 - 32 suchten schnell wieder ein neues Betätigungsfeld und neue Sinnorientierungen. Die etwas älteren Soldaten dagegen brauchten eine Denkpause. Erst nach Gefan-

genschaft, Ausbildung, Berufsfindung oder beruflicher Tätigkeit wurden sie aktiv, zunächst in der Gewerkschaft oder dem Betriebsrat, gerade weil man diese Institutionen damals noch als unpolitische, „rein soziale“ Institutionen begriff, und dann erst in der Politik, zumeist in der SPD. Alle Befragten begreifen sich heute als Antifaschisten.

Diese „HJ-Generation“, die ihre ersten Erfahrungen im Nationalsozialismus machen mußte, bekam in der Aufbauzeit der Bundesrepublik wachsende Bedeutung auch an der Basis der Arbeiterorganisationen. Die Frage, was dies bedeutet, ist bisher noch kaum zum Thema für die Geschichtsschreibung über die deutschen Gewerkschaften geworden.

„Vom Kartoffelbetriebsrat zum Sozialplanbetriebsrat“

Nach den Lebensberichten der befragten Betriebsräte scheint also die Basis der Linken nach 1945 auf den zweiten Blick schwächer als auf den ersten: Die Repräsentanten der alten Arbeiterbewegung waren eben nicht die alten geblieben und eine veränderte junge Generation wuchs heran. Die Alten hatten zwar aus der Weimarer Zeit noch ihre weitergehenden, wenn auch angeschlagenen gesellschaftlichen Visionen im Kopf, die für ihre Betriebspolitik jedoch zunehmend geringere Bedeutung bekamen und mit denen die Jüngeren nur wenig anfangen konnten. Die Alten waren eben mißtrauischer auch gegenüber Kollegen geworden, und gerade in der Nachkriegszeit hatten sich viele dieser Kollegen auf die persönliche Bewältigung der Nachkriegsnot geworfen, so daß hier eine der Ursachen für das zu beobachtende „patriarchalisch-fürsorgliche Stellvertreterbewußtsein“ der Alten liegen könnte. Es ging allgemein auch in der Arbeiterschaft wohl hauptsächlich um das persönliche ökonomische Überleben und um die familiäre Versorgung; die großen politischen und weltanschaulichen Entwürfe standen hinten an.¹¹

Eines der größten Probleme beim Aufbau der Betriebsräte und der Einheitsgewerkschaften dürfte - das wird aus den Lebensberichten besonders der Frauen deutlich - die mangelnde Einbeziehung der Frauen in die (leitende) Arbeit gewesen sein. Frauen erwähnen häufig solche Zurücksetzungen, während ihre männlichen Kollegen meinen, Versuche in diese Richtung seien zumeist an den Frauen selbst gescheitert.¹²

11 Vgl. hierzu Ulrich Borsdorf: „Speck oder Sozialisierung?“ in: Glück auf, Kameraden! Hrsg. von Hans Mommsen und Ulrich Borsdorf, Köln 1979, S. 345 ff.

12 Vgl. Interviews Klarissa Leibold oder Erna Waas bzw. Interview Berger. Vgl. dazu auch als zeitgenössisches Beispiel die Ablehnung der eigenen Kandidatinnenliste auf der Gründung der IG Metall (ursprünglich: Industriegruppe Metall des FDGB), Gründungsprotokoll vom 7.4.1946, im Ordner „Delegiertenkonferenzen ab 7.4.1946“ der IG Metall Essen (in meinem Besitz); oder zu diesem Problem den Geschäftsbericht der Industriegewerkschaft „Metall“, Ortsverwaltung Essen o.O. und o.J. (Essen 1948) S. 10.

Von Politik hatten viele der Jüngeren, früher ein Reservoir der Kommunisten, „die Schnauze voll bis oben hin“, und die KPD vermochte im Kalten Krieg dem „Totalitarismusverdacht“ nicht zu begegnen - im Gegenteil. Der Marshall-Plan und seine Verlockungen für eine neue Orientierung mit praktischen Vorteilen versetzte den Kommunisten, die 1945 zunächst einen erheblichen Teil der Betriebsräte gestellt hatten,¹³ den letzten Schlag. Eine Reihe kommunistischer Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre wurde Anfang der fünfziger Jahre aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und zu ihrem Ärger manchmal durch Jüngere ersetzt, die sie „noch mit Schwertern als HJler“ gekannt hätten.

In den fünfziger Jahren waren die Betriebsräte der Großbetriebe nahezu ausschließlich Sozialdemokraten und sie kamen aus sehr unterschiedlicher Richtung: alte Sozialdemokraten; solche, die früher in der KPD oder in der katholischen Arbeiterbewegung aktiv gewesen waren; ehemals national orientierte Angestellte; Junge, die im Nationalsozialismus ihre ersten öffentlichen Erfahrungen gemacht hatten; „Neubergleute“ aus ländlichen Gebieten usw. Sie alle kamen über die Gewerkschaft als *Durchgangsschleuse* zur SPD, die dadurch stärker als in der Weimarer Zeit eine breite, feste Basis im Ruhrgebiet gewann und sich durch diese Mischung zugleich veränderte.

Die integrativen Faktoren lagen vor allem im ökonomischen Bereich. Der Schwarzmarkt bis zur Währungsreform scheint zu einer Schule des kapitalistischen Marktes geworden zu sein, an dessen Ergebnissen man teilhaben wollte. Der ökonomische Erfolg wurde zur Grundlage des bundesrepublikanischen Konsenses: „Teilhabe der Arbeitnehmer (nicht nur der Arbeiter) am ökonomischen Aufstieg; Beteiligung der Organe der Arbeiterbewegung an den sozialstaatlichen Institutionen.“ Das daraus resultierende, bis vor kurzem äußerst erfolgreiche politische Modell scheint weniger auf politischen Programmen und Konzepten basiert zu haben als auf der Macht zur ökonomischen Verteilung, auf Beschwerdemöglichkeiten und einem weitverzweigten Beziehungsnetz von Betriebsräten, Gewerkschaftern und sozialdemokratischen Politikern auf betrieblicher und staatlicher (vor allem kommunaler) Ebene sowie in SPD und Gewerkschaft.

¹³ 1945 - 1947 besaßen die Kommunisten im Metallbereich und Bergbau des Ruhrgebiets einen leichten Vorsprung vor den Sozialdemokraten bei den Betriebsratswahlen mit zwischen ca. 35 bis über 50 Prozent der Stimmen; 1948 waren es noch 33 Prozent, 1950 ca. 20 Prozent. Genaueres hierzu bei Hartmut Pietsch: *Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebiets 1945 bis 1948*. Duisburger Forschungen Band 26, Duisburg 1978, S. 312. Kleßmann/Friedemann: *Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946 - 1948*, Frankfurt/New York (campus) 1977, S. 69. Christoph Kleßmann: *Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft. Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945 - 1952*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 31. Jahrgang 1983, Heft 2 (April), S. 272-307. A. v. Plato: *Der Verlierer...*, a.a.O., S. 211 ff.

Nach der Etablierung der Bürgerblockregierung unter Adenauer und nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 schrumpfte der Handlungsspielraum der Betriebsräte auf einen Katalog zusammen, der im krassen Widerspruch zu ihren Kompetenzen in den ersten Nachkriegsjahren stand: Ein- und Umgruppierungen bei den Löhnen, Arbeitszeitregelungen, Arbeitsorganisation, Arbeitssicherheit, Reparatur- und Ausbesserungsarbeiten in den Werks- und Zechensiedlungen, Gestaltung der Arbeitsbedingungen und betriebsinterne Gratifikationssysteme (Gewinnbeteiligung, Weihnachtsgeld, Rentenkassen usw.).

Der Einfluß auf die ökonomischen Entscheidungen des Betriebes, wie die Betriebsräte ihn in der unmittelbaren Nachkriegszeit zumeist besessen hatten, schwand zwar, aber ihr sozialer Einfluß auf die Belegschaften blieb: Durch das Wachstum während der Wiederaufbauperiode und durch ihren Zusammenhang mit den Gewerkschaften trafen sie auf kompromißbereite Unternehmensleitungen und konnten vor allem im Lohnbereich durch übertarifliche Leistungen Verbesserungen vermitteln. Hier könnte - neben der Gemeinsamkeit bei den Kämpfen mit Unternehmern gegen die Demontage unmittelbar nach 1945 - sozialpartnerschaftliches Bewußtsein verstärkt worden sein.

Die Betriebsräte wurden nach dem Betriebsverfassungsgesetz institutionell zwar reduziert, aber doch auch gesichert und als Beschwerdeinstanz ernst genommen. Darüber hinaus übernahmen sie viele sozialbetreuerische Funktionen: „Ich bin hier wie der Pfarrer Sommerauer“, sagt heute ein Betriebsrat. Auch wenn sie zumeist der „Maloche“ entwachsen sind, werden die Betriebsräte persönlich geachtet; sie sind eine soziale Anlaufstelle, die „etwas darstellt“ und etwas bewirken kann. Aus diesem Verständnis heraus spotteten viele aus der jüngeren Generation über die alten Aktivisten, die ihre Entmachtung durch das Betriebsverfassungsgesetz nach einer „heroischen Zeit“ nicht winden konnten:

„Die lebten also noch von 1945, als man hier Schuhe verkauft hat, als man Schokolade verkauft hat, als man hier billige Butter oder was weiß ich angeboten hat. Für meine Begriffe lebten die aus der Illusion noch, das müßte alles so weitergehen, obwohl jetzt echt schon ein Fortschritt da war.“
Andere trauern der Zeit vor dem Betriebsverfassungsgesetz, das positiv oder negativ als Einschnitt empfunden wird, nach: „Da hat echt der gewerkschaftliche Raum versagt.“ „Wie ist die Zeit über uns weggerollt!“¹⁴

Trotz widersprüchlicher Tendenzen scheinen es vor allem die Jüngeren gewesen zu sein, die die Verrechtlichung der Stellung des Betriebsrats durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 begrüßten; für sie wurde der Betriebs-

14 Interviews Hans Geder bzw. Emil Oppeln und Helmut Krämer.

rat nicht selten zur ersten Sprosse auf einer Leiter, die sie in hohe Positionen in Staat und Wirtschaft führte. Hier scheinen die Wurzeln ihres „Stellvertreterbewußtseins“ zu liegen. Auch bei den „Alten“ gibt es diese Tendenz, es überwiegt aber die Ablehnung des Gesetzes - vielleicht wegen positiver Erfahrung der Jahre zuvor oder wegen noch früherer grundsätzlicher Ablehnung staatlicher Institutionen.

Privat ging es auch den Betriebsräten bei aller Kritik am „Adenauer-Staat“ besser, so daß sich ihre politischen Zielsetzungen und Kritik in den fünfziger Jahren stärker als je zuvor von der privaten Wohlstands- und Aufstiegserfahrung abspaltete. Die eigene Entwicklung von 1945 bis heute faßt ein Betriebsrat selbstironisch zusammen: „Erst waren wir der Kartoffelbetriebsrat, dann der Lohnbetriebsrat und jetzt sind wir Sozialplanbetriebsräte.“

Das ist das Stichwort für die Kehrseite: Jetzt, da die alte Generation mit ihren Vorstellungen von einer ganz anderen Gesellschaft längst abgetreten ist, da die jüngere Generation zunehmend weniger Wachstum und sozialstaatliche Fortschritte im und für den Betrieb repräsentieren kann, fühlen sich viele als Krisendämpfer mißbraucht und ohne wirksamen Einfluß, die Ursachen der Krise zu bekämpfen. (So werden sie auch von ihren Nachfolgern überwiegend kritisiert.) Ihre organisatorische Aktivität hat sie zwar als Vertreter der Belegschaften in zahlreiche höhere Funktionen in den Betrieben, den Parlamenten und sozialen Organisationen geführt und zu einer der wichtigsten Basiseliten gemacht, aber sie scheinen den Mangel eines Hintergrunds zu spüren, von dem aus sie neue Alternativen entwickeln könnten. Sie sehnen sich jetzt - in Zeiten verschärfter Klassenwidersprüche - zurück nach den goldenen Zeiten des Wachstums und eines funktionierenden Sozialstaats. Oder in der prägnanten Zusammenfassung eines Betriebsrats: „Wir kämpfen mit den Mitteln des Klassenkampfes um den Sozialstaat.“

Obwohl inzwischen eine Reihe von Arbeiten über Betriebsräte in der Nachkriegszeit erschienen sind,¹⁵ verspüren viele Betriebsräte zu geringe Anerkennung für ihre Aufbauleistungen in der Nachkriegszeit und besonders für ihre Rolle als „Wächter der Demokratie“:

„Wir haben die Bundesrepublik, wie sie heute ist, mit aufgebaut. Aber davon steht hier in den Büchern nichts, aber auch nicht eine Zeile drin, von dem, was der Betriebsrat geleistet hat für die Firma und die Stadt.“¹⁶

¹⁵ Vgl. vor allem Kleßmanns Arbeiten (Fußnote 13).

¹⁶ Interview Alexander Stoppok.